

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mkt., fürs
Ausland 1,50 Mkt. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 35 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 31. August 1917

Für die Woche vom 2. bis 8. September
1917 ist der 36. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Inhalt. Beitragsleistung. — Ein aufgewärmtes Aus-
beutungssystem auf wissenschaftlicher Grundlage. — Unser
Verband am Schlusse des II. Quartals 1917. — Was geht
in der Lederindustrie vor? — Erhöhung der Ortslöhne. —
Bericht der 34. Sitzung der Schlichtungskommission für das
Heeresausüstungsgewerbe Groß-Berlins. — Aus unserem
Bureau. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung des Vorstandes
und Ausschusses. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes.
— Sterbefälle. — Anzeigen.

Ein aufgewärmtes Ausbeutungs- system auf wissenschaftlicher Grund- lage.

Im Frühjahr 1913 erschien im Verlage von
Udenbourg in München-Berlin eine von Dr.
jur. Rudolf Köhler bearbeitete Ausgabe
eines Buches von Ingenieur Frederik Winslor
Taylor, in welchem ein System empfohlen
wird, wonach die Arbeiter noch intensiver und
rückichtsloser nach den Grundsätzen wissenschaft-
licher Betriebsführung auszubeuten sind.

Es ist nicht nur das gute Recht, sondern
auch die verdamnte Pflicht aller Arbeiterorgane,
auf die bedrohlichen Gefahren aufmerksam zu
machen, denen die Arbeiterschaft ausgesetzt ist,
sobald dies von der „Deutschen Arbeitgeber-
Zeitung“ erneut angepriesene System in den
Betrieben eingeführt werden soll. Soweit die
gesamte deutsche Gewerkschaftspresse in Frage
kommt, hat sie schon damals gegen die Ein-
führung dieses Ausbeutungssystems Stellung
genommen. In einer Reihe von Gewerkschafts-
versammlungen und Kongressen haben sich die
Arbeiter in unverblümter Weise dagegen aus-
gesprochen. Auch wir haben mit unserem Ur-
teil nicht zurückgehalten und in mehreren Ar-
tikeln das Taylorsystem erläutert und die
Arbeiterschaft vor der Einführung gewarnt.
Es würde zu weit führen, unsere Artikel-
serie über diesen Gegenstand jetzt auch nur
referierend wiederzugeben. Wir begnügen
uns daher mit dem Abdruck des Schlusssatzes
aus Nr. 17 unserer Zeitung vom 25. April
1913, aus dem zu ersehen ist, daß sich auch die
Branchenkonferenz der Wagen- und Auto-
sattler mit dieser Materie beschäftigt hat. Es
heißt zum Schluß der angezogenen Artikelserie:

„Man muß den Roman des amerikanischen
Romanschreibers Sinclair „Der Sumpf“ gelesen
haben, um das Taylorsystem in seiner ganzen
Scheußlichkeit kennen zu lernen. Auch Leo Kolisch
liefert in seiner Reisebeschreibung: „Das Land der
Zukunft“, Vorwärtsverlag, einige Beispiele.

Die Unternehmer des sonst rüchständigen Auf-
lands sind bestrebt, das Taylorsystem, das in der
vollsten Ausnützung jeder Arbeitsstunde und jeder
Bewegung des Arbeiters besteht, einzuführen.

Kein Wunder also, wenn auch die deutschen
Unternehmer sich für die wissenschaftliche Aus-
nützung ihrer Arbeiter interessieren. In den Kal-
kulationsbureaus größerer Unternehmungen sitzen
eine Anzahl Ingenieure, tagaus, tagein, Jahr für
Jahr mit der Ausklügelung vereinfachter Arbeits-
methoden beschäftigt. Die Resultate dienen dem
Profit, die Dividenden der Aktienbesitzer sollen
steigen. Dieser Segen wird dem Arbeiter zum
Fluche. Mit 40 Jahren ist er verbraucht, zum alten
Eisjen geworfen.

Es ist daher unablässige Aufgabe
der Gewerkschaften, die Arbeiter vor
den Folgen dieser Segnungen zu be-
wahren. Sie, die Arbeiter, haben
alles daran zu setzen, durch die Macht
ihrer Organisation sich ein Mitbe-
stimmungsrecht bei der Arbeitstei-
lung und Lohnfestsetzung zu erkämp-
fen. Jedem Kontrolleur mit der
Stoppuhr muß ein Vertrauensmann
der Arbeiter gegenübergestellt wer-
den, der aufzupassen hat, daß die Ar-
beiter mit ihrem einzigen Kapital,
der Gesundheit, haushälterisch um-
gehen und sich die Arbeitskraft auch
über das 40. Lebensjahr hinaus
sichern. Wie bereits auf der
Branchenkonferenz der Auto- und
Wagensattler betont wurde, ist es
heiligste Pflicht aller Arbeiter, sich
der Einführung des Taylorsystems zu
widersetzen und alle darauf hin-
zielenden Bestrebungen der Unter-
nehmer zu vereiteln.“

Wir sehen uns zur Wiederholung dieser
selbstverständlichen Aufforderung genötigt, weil
die „Reiziger Volkszeitung“ in einem Artikel:
„Arbeiter, hütet euch!“ ihre warnende Stimme
erhebt und bei dieser Gelegenheit in völlig un-
gerechtfertigter Weise die Gewerkschaftsleitungen
und die Gewerkschaftspresse verdächtigt, als habe
sie ihre Pflicht in bezug auf die Bekämpfung
des Taylorsystems nicht getan. Sie mahnt die
Arbeiter, sie mögen ihren Vorständen beibringen,
daß sie noch andere Aufgaben zu erfüllen haben,
als servile Loyalitätsbezeugungen bei allen
passenden und unpassenden Gelegenheiten im
Namen der Arbeiter, sicher aber nicht in deren
Auftrag abzugeben.

Wie vorstehendes beweist, ist die „L. W.“
mit ihrer Mahnung und Warnung mehr als
vier Jahre zu spät aufgestanden und darum
ihre Bemerkung gegen die Gewerkschaftsblätter
gelegentlich der Besprechung des Artikels der
„Deutschen Arbeitgeberzeitung“ über — Löhne
und Wettbewerbsfähigkeit nach dem Kriege, ein
Beitrag zur Frage des Taylorsystems, von
Wilhelm Brieland — mehr als deplaziert.

Ohne auf die weiteren „Schmeicheleien“
einzugehen, verabschieden wir uns von der Ka-
pitolswächterin und wenden uns dem Sprach-
organ der deutschen Unternehmerverbände, der
„Deutschen Arbeitgeberzeitung“, zu, welche nun-
mehr die Zeit für gekommen hält, aus den be-
triebstechnischen Erfahrungen während des
Krieges das Taylorsystem aufzuwärmen

und erneut zur Einführung in den Arbeits-
stätten zu empfehlen. Herr Brieland meint
in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“:

„Daß das Taylorsystem Mittel bietet, einer-
seits den großen Mangel an Facharbeitern auszu-
gleichen, andererseits unseren kriegsbeschädigten
gelernten Arbeitern einen neuen Beruf zu er-
öffnen und damit die Leistungsfähigkeit der deut-
schen Industrie unvermindert zu erhalten oder noch
zu erhöhen, kann kaum bestritten werden. Dieses
System der wissenschaftlichen Betriebsführung“ ist
aber ferner geeignet, noch eine dritte Wirkung
von weittragender Bedeutung auszulösen: die in-
folge der Kriegswirtschaft ins Ungemessene gestie-
genen Arbeitslöhne allmählich wieder
in ein richtiges Verhältnis zur Wett-
bewerbsfähigkeit der deutschen In-
dustrie zu bringen.

Es braucht nicht erst nachgewiesen zu werden,
daß an die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit
der deutschen Industrie nach dem Kriege die aller-
größten Anforderungen gestellt werden. Nicht nur
mit allen erdenklichen Maßnahmen unserer jetzigen
Feinde ist zu rechnen, sondern auch mit einer be-
deutenden Erstarkung und Ausdehnung der Indu-
strie und des Wettbewerbs der jetzt neutralen
Länder. Zu diesen und noch manchen anderen
aus dem Kriege resultierenden Widerständen gegen
die Erhaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit
auf dem Weltmarkte — deren Notwendigkeit für
die deutsche Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt
feiner weiteren Darlegung bedarf — kommen dann
noch die unverhältnismäßig hohen Arbeitslöhne,
deren jetzige Höhe auch durch die gewaltige Steige-
rung der Kosten der Lebenshaltung nicht vollauf
gerechtfertigt ist. Das wird schon bewiesen durch
die Tatsache, daß sowohl die in Handel und In-
dustrie tätigen Privatangestellten wie auch die Ge-
meinde- und Staatsbeamten sich mit einer wesent-
lich geringeren Steigerung ihres Einkommens
des Krieges abfinden mußten, einer Steigerung,
die nur in Ausnahmefällen 30 Proz. übersteigt
und damit, wie allgemein bekannt ist, weit zurück-
bleibt hinter der Steigerung der Arbeitslöhne, die
nicht selten das Doppelte, ja Dreifache des letzten
Friedenslohnes beträgt. Allerdings war die geringe
Steigerung des Einkommens der vorhin erwähnten
Angestellten und Beamten notgedrungenenmaßen
verbunden mit schwerer wirtschaftlicher Schädigung
jener Kreise und mit bedeutender Einschränkung
ihrer Lebenshaltung, was wiederum nicht im
nationalen Interesse lag. Aber wenn man be-
denkt, einerseits, daß diese an Zahl so starken
Volkskreise mit der gekennzeichneten Steigerung
ihres Einkommens überhaupt auskommen konnten,
andererseits, daß der Luxus nicht zuletzt in den
Kreisen der Arbeiter und deren Angehörigen mit
der Dauer des Krieges immer mehr zugenommen
hat, dann wird man zugeben müssen, daß die
Kriegswirtschaft eine weder durch ihre Ursachen
vollauf gerechtfertigte, noch in ihrer Wirkung auf
die Volkswirtschaft nützliche Steigerung der Ar-
beiterlöhne zur Folge gehabt hat. Daß eine der-
artige Steigerung dazu beitragen muß, die nach
dem Kriege ohnehin schwer bedrohte Wettbewerbs-
fähigkeit der deutschen Industrie noch mehr zu ge-
fährden, liegt auf der Hand. Es entsteht also von
selbst die Frage, wie die Löhne der Arbeiter mit
der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie
auf dem Weltmarkte in Übereinstimmung zu
bringen sind.

In dem Bestreben, diese Uebereinkunft nach dem Kriege sobald wie möglich wieder herzustellen, werden die Arbeitgeber auf einen allmählichen Abbau der jetzigen anormal hohen Löhne bedacht sein, bis zu einer Höhe, die den Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft entspricht. Demgegenüber werden die Arbeitnehmer begreiflicherweise mit allen Kräften bemüht sein, diese hohen Löhne in die Friedenszeit mit hinüberzunehmen. Zwischen diesen beiden sich entgegenstehenden Interessen einen Ausgleich zu schaffen, ist das sogenannte Taylorsystem vorzüglich geeignet."

In seinen weiteren Ausführungen bespricht Briedand die „Vorzüge“ des Taylorsystems. Den geeignetsten Zeitpunkt für seine Einführung hält er die Zeit nach dem Kriege. Er schreibt:

„Hierfür ist die Zeit unmittelbar nach dem Kriege außerordentlich geeignet. Während jener Uebergangszeit wird, vor allem wegen Mangels an Rohstoffen, zunächst ein Arbeitsmangel eintreten. Diese Zeit der ruhigen, nicht vollen Beschäftigung eignet sich vorzüglich zum Umlernen, die nötigen Funktionsmeister auszuwählen und heranzubilden (wobei Fach- und Werkstätten mitwirken könnten), die geeignetsten auszusuchen und anzulernen, Normalein zu schaffen, Beobachtungs- und Zeitstudien zu machen. Umgekehrt werden auch die aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter umgelernt haben, das heißt hier, sie werden vorurteilslos gegen Neuerungen sein, einen freieren Blick für wirtschaftliche und soziale Dinge haben. Hinzu kommt, daß die meisten sich erst wieder einarbeiten müssen und froh sein werden, wenn sie nach dem Leben im Felde erst wieder zu geregelter Beschäftigung zurückkehren können, wobei sie dann weniger Wert darauf legen werden, nach welchem System diese Beschäftigung geregelt wird.“

Mit seinen letzten Bemerkungen dürfte sich der Verfasser doch sehr im Irrtum befinden. Es wird den aus dem Kriege Heimkehrenden durchaus nicht gleichgültig sein, nach welchem System ihre Beschäftigung geregelt wird. Sie sind ins Feld gezogen, um die heimatischen Grenzen zu verteidigen. Den Dabeingebliebenen haben sie die Pflicht auferlegt, die Arbeiterrechte auszubauen und zu verbessern. Soweit die Sattlerei und Lederwarenindustrie in Betracht kommt, konnten in dieser Beziehung bis jetzt allgemein befriedigende Resultate erzielt werden. Daß sie auch nach dem Kriege erhalten, erweitert und vervollständigt werden, dafür bürgt uns unser Verband und die treue Mitarbeit unserer Kollegen. Wenn wir trotzdem unseren Mitgliedern den Standpunkt der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ zur Kenntnis brachten, so nur um zu zeigen, daß die im Anfang des Krieges lautbar gewordene patriotische Welle bereits merkbar verebbt ist und bis zur Beendigung des Krieges nichts mehr davon zu spüren sein wird. Der Klassenkampf, vielleicht in seinen Formen gemildert, wird nach dem Weltenringen wieder in Erscheinung treten. An die Arbeiterchaft werden Anforderungen gestellt werden, für die sie nicht zeitig genug rüsten kann. Bei dem allgemeinen Wettstreit um die höchste Profitrate und dem Standpunkt des Herrn im Hause werden die Unternehmer des Ledergewerbes sicher nicht fehlen. Solange die kapitalistische Weltordnung bestehen bleibt, solange wird der Kampf zwischen Kapital und Arbeit fort dauern. Siegen wird die Partei, die über die beste Organisationsform verfügt. Darum werden die in Sattlereien, Treibriemenfabriken, Wagen-, Flugzeug- und Lederwarenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im ureigensten Interesse gut tun, wenn sie sich um ihre Berufsleitung scharen und mit ihr nicht nur alle Angriffe auf ein freies Arbeiterrecht abwehren, sondern gemeinsam den Kampf um die Regelung der sozialen Lage aller Kollegen und Kolleginnen fortführen.

Unser Verband am Schluffe des II. Quartals 1917.

Das im 1. Quartal 1917 festgestellte Steigen der Mitgliederzahl unseres Verbandes hat auch im Laufe des 2. Quartals angehalten, wenn auch nicht in dem Maße wie im Vorquartal. Dies liegt aber nicht an verminderter Werbetätigkeit unserer Kollegen, sondern daran, daß in Folge großer Aufträge beim Jahresluß auch Arbeiterereignisse in größerem Maßstabe vorgenommen wurden, die, weil

bisher unorganisiert, nunmehr unsern Verbände zugeführt werden konnten. Auch hat sich in der letzten Zeit an verschiedenen Stellen Materialmangel gezeigt, was vielen im Verufe Ungelehrten Gelegenheit gab, sich anderen Berufsweigen zuzuwenden. Daher erklären sich auch die verhältnismäßig vielen Ausschlüsse. Unter Berücksichtigung dieser Momente ist es doppelt erfreulich, wenn wir bis zum Schluß des Sommerhalbjahres ein weiteres Steigen von 842 Mitgliedern verzeichnen können. Wie sehr die Frauenarbeit zugenommen hat, ist aus den Mitgliederziffern zu ersehen. Während die Zahl der männlichen Mitglieder um 19, also auf 7206 gestiegen ist, beträgt die Steigerung bei den weiblichen 823, so daß am 30. Juni d. J. 3440 weibliche Mitglieder gemustert werden konnten, gegenüber 1000 bei Kriegsbeginn. Im Laufe des zweiten Vierteljahres wurden neu aufgenommen 916 männliche und 1570 weibliche Mitglieder, wozu noch 137 Uebertritte, Nachzahlungen und Zurückmeldungen kommen. Dem steht allerdings ein Abgang von 1787 Mitgliedern gegenüber. Unter den Fahnen stehen 11 720 Mitglieder, doch dürfte die Zahl noch höher sein. Denn ein Teil vergrößert die ordnungsmäßige Abmeldung und muß deshalb unter den Ausgeschlossenen rangiert werden. Auf Grund der Statistik waren am 30. Juni 10 538 Mitglieder voll beschäftigt, 40 arbeiteten verkürzt, 11 männliche und 10 weibliche Mitglieder waren arbeitslos, 117 bzw. 41 krank. An Eintrittsgeldern und regelmäßigen Wochenbeiträgen wurden 51 944,35 Mk. gegenüber 48 517,45 Mk. im Vorquartal vereinnahmt. Also auch im Beitragszahlen ist seit Kriegsbeginn erstmalig wieder eine Wendung zum Besseren eingetreten. An rückständigen Monatsbeiträgen gingen ein 163,50 Mk. Die Einnahmen aus lokalen Extrabeiträgen belaufen sich auf 11 616,55 Mk. Für Unterstützungen wurden insgesamt 11 799,10 Mk. verausgabt.

	Zentralkasse Mk.	Localkasse Mk.
Reiseunterstützung	34,—	4,75
Arbeitslosenunterstützung	550,75	284,35
Krankenunterstützung	4289,75	896,60
Wahregelungsunterstützung	18,70	7,—
Verordnungsbeihilfe	1005,—	—
Notfallunterstützung	870,—	2004,—
Rechtschutz	21,78	—
Umzugsunterstützung	140,—	—
Sonstige Unterstützungen	—	2172,42
Summa	6429,98	5369,12

Seit Kriegsbeginn wurden 544 227 Mk. an Unterstützung gezahlt, davon 140 368 Mk. an Arbeitslose und 346 309 Mk. an die Familien der Kriegsteilnehmer.

Was geht in der Lederindustrie vor?

Gelegentlich unserer ersten Besprechung über die Errichtung amtlicher Zuschneidestellen für das Lederausüstungsgewerbe gaben wir der Vermutung Ausdruck, daß diese Zusammenlegung der Anfang einer Monopolisierung sein dürfte. In den Kreisen der Industriellen machte sich eine ähnliche Auffassung geltend, so daß Hauptmann v. Löhöffel in seinem Vortrage in der Berliner Handelskammer sich veranlaßt sah, den Vertretern der Industrie, des Handels und des Handwerks gegenüber zu erklären, die Errichtung der Zuschneidestellen sei eine durch den Krieg bedingte Maßnahme, die mit seiner Beendigung auch wieder verschwinden werde. Diese Erklärung wirkte beruhigend und war mit Veranlassung, daß alle Interessenten sich in den Dienst der Sache stellten, so daß sicher damit gerechnet werden kann, die Zuschneidestellen, gesondert für Industrie und Handwerk, werden im Oktober d. J. ihre Tätigkeit beginnen können. Aber so ganz grundlos waren die Vermutungen der Industriellen nicht. Wenn auch vorerst von einer Monopolisierung der gesamten Lederherstellung und Verarbeitung die Rede ist, so besteht doch der Plan, für die Lederindustrie ein Zwangs syndikat zu errichten, und zwar schon im September d. J. D. h. der Fabrikant liefert sein Leder nicht mehr an den Kunden, sondern an das Syndikat als Zentralstelle, von der aus dann der Verkauf erfolgt. In diesem Vorgehen erblicken die Lederindustriellen eine wesentliche Beschränkung ihrer Gewerbefreiheit. Um gegen diese Maßnahme mit Erfolg zu arbeiten, haben sich eine Anzahl bekannter Lederfabrikanten zusammengetan und in Offenbach a. M. eine „Geschäftsstelle zur Bekämpfung der Zwangs syndizierung der Lederindustrie“ gegründet, deren Leitung Herr Dr. Craß übernommen hat.

In einem von der Geschäftsstelle versandten Rundschreiben werden alle Betriebe dringend gebeten, sich zu äußern, ob sie sich dem Protest gegen die Zwangs syndizierung und dem weiter zu ergreifenden Schritten anschließen wollen, um durch eine geschlossene Stellungnahme gegen den Plan, die Regierung zu veranlassen, von der Zwangs syndizierung abzugehen.

In dem Rundschreiben werden die Gründe aufgeführt, die vom Standpunkt der Lederindustriellen und -händler gegen die Syndizierung sprechen. U. a. wird darin gesagt:

„Die Errichtung eines Zwangs syndikats in der Lederindustrie wird von Berlin aus betrieben.

Zunächst will man den Häute bearbeitenden Teil der Gesamtindustrie zwangsweise zusammenschließen; der Gedanke liegt nahe, daß die Zusammenfassung der Ober- und Feinlederindustrie dann folgen würde.

Eine klare endgültige Antwort der beteiligten Regierungstellen über ihre Absichten und über deren Ziele ist nicht zu erlangen.

Die Lederindustrie aber muß verlangen, daß ihr selbst das Bestimmungsrecht über ihre Lebensform gegeben wird. Sie muß verlangen, daß sie rechtzeitig über so einschneidende Änderungen ihrer Organisation, die sich nicht nur auf die Kriegszeit erstrecken, sondern allem Anschein nach auch über die Zeit der Uebergangswirtschaft in den Frieden übernommen werden sollen, unterrichtet wird.

Hierzu Stellung zu nehmen, ist das Recht und die Pflicht der Gesamtindustrie, auch im Interesse der Allgemeinheit

Die Zwangs syndikats in anderen Industrien, die in den letzten Monaten durch Bundesratsverordnung errichtet wurden, zeigen deutlich die ungeheure Gefahr, die uns droht.

Für eine klare und volle Selbstverwaltung der Industrie bleibt da kein Platz. Die volle Macht, alle Rechte gehen an die Regierung über, der Industrie bleibt nur die Verantwortung.

Will die Lederindustrie nach den Erfahrungen der letzten Jahre ihre Geschäfte weiterhin stärken oder gar dauernd in die Hände einer Zentralstelle legen? Will sie zugeben, daß sie von Beamten geleitet wird, denen nur die Erfahrungen und Kenntnisse über die Lederindustrie zur Verfügung stehen, die sie sich in der Kriegsorganisation erworben haben?

Das darf nicht geschehen, wenn nicht die Industrie mit Riesenschritten dem Niedergang zugeführt werden soll, wenn sie nicht für immer aus ihrer früheren Bedeutung und Weltstellung verdrängt werden soll.

Diese allein — nicht die Kriegsorganisation — haben es der Industrie ermöglicht, den gewaltigen Anforderungen gerecht zu werden, die die Kriegszeit an sie stellte — Anforderungen, welche die Gesamtindustrie völlig unvorbereitet traf.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzt schon bestehende Organisation durch weiteren Ausbau aller veränderten Anforderungen, die der Krieg mit sich bringt, angepaßt werden kann — auch ohne Syndikat.

Der Erfordernisse der Uebergangszeit kann durch einfache Wirtschaftsstellen — ohne Syndikatscharakter — entsprochen werden: Die Arbeiten hierfür sind in vollem Gange.

In der darauffolgenden Friedenszeit muß und will die Industrie frei sein. Sie mag dann selbst entscheiden, ob sie sich für ein freies Syndikat mit voller — nicht scheinbarer — Selbstverwaltung zusammenschließen will.

Aber nur freie Entfaltung aller Kräfte der ganzen Industrie wird es ermöglichen, die Folgen des Krieges zu überwinden, sich den schwierigen und veränderten Verhältnissen anzupassen. . . .

Es wird abzuwarten sein, ob der Protest der Lederindustriellen die Regierung umstimmen wird, oder ob sie erklärt, die Zwangs syndizierung sei bereits beschlossene Sache, die durchgeführt wird. Die Lederindustriellen sind optimistisch und erwarten von ihrem Protest einen durchschlagenden Erfolg. Ist das aber nicht der Fall, so kann angenommen werden, daß die Regierung nicht bei der Lederherstellung stehen bleibt, sondern auch den Schritt bis zur Lederbearbeitung geht. Die Monopolisierung oder Syndizierung der Kriegsindustrie dürfte dann zuerst in Angriff genommen werden. Sollte es soweit kommen, dann haben auch unsere Kollegen und Kolleginnen ein sehr lebhaftes Interesse an die kommende Gestaltung der Dinge. Es ist daher ratam, aufmerksamen Auges die Vorgänge zu beachten und wenn mit mehr Klarheit zu erkennen ist, was eigentlich werden soll, dann entschlossen zur Wahrnehmung der Arbeiterrechte in die Schranken zu treten. Auch hier ist es vorzuziehen nur erfolgversprechend, wenn alle Kollegen und Kolleginnen durch ihre Mitgliedschaft in unserem Verband diese Arbeiten stützen und fördern.

Erhöhung der Ortslöhne.

Die „Ortslöhne“ oder die „ortsüblichen Tagelöhne“, wie sie früher genannt wurden, waren schon vor dem Kriege längst nicht mehr zeitgemäß und eine Erhöhung derselben war wiederholt gefordert worden. Nur in ganz vereinzelt Fällen ist dem, wenn wir recht unterrichtet sind, Rechnung getragen worden. Im allgemeinen bestehen sie auch heute noch, trotz der von Grund aus veränderten Verhält-

nisse, in der alten unzulänglichen Höhe, und durch Verordnung des Bundesrats ist ihre Giltigkeitsdauer noch weiter verlängert worden. Da die Ortslöhne in der Arbeiterversicherung eine große Rolle spielen, haben sich dadurch Mißstände herausgebildet, die dringend der Abhilfe bedürfen. Auf diese Mißstände wird im „Correspondenzblatt der General-Kommission“ hingewiesen und dargelegt, daß eine baldige Neufestsetzung der Ortslöhne dringend geboten ist.

Voranmütlich sollen die Ortslöhne alle vier Jahre neu festgesetzt werden, aber den Ablauf dieser Frist hat der Bundesrat schon mehrfach durch Verordnungen hinausgeschoben.

Dieses Hinausschieben bedeutet in der Tat unter Umständen eine schwere Schädigung für die Versicherten. So kann in den Landkrankenassen die Zahlung den „Ortslohn“ an die Stelle des für die Höhe des Krankengeldes maßgebenden Grundlohnes setzen, und in der Invalidenversicherung kann bei der Bemessung der Beiträge auch bei solchen Versicherten, die kein Mitglied einer Krankenkasse sind, das Dreihundertfache des Ortslohnes als Jahresarbeitsverdienst angenommen werden. Noch wichtiger ist der Ortslohn in der Unfallversicherung, wo in einer Reihe von Fällen der Ortslohn bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, der der Rentenberechnung zugrunde liegt, mit herangezogen wird.

Der Ortslohn war immer zu niedrig. Namentlich wenn er bei qualifizierten, gut entlohnerten Arbeitern herangezogen wird, bedeutet dies ausnahmslos eine schwere Schädigung. Jetzt, während des Krieges, ist dies Mißverhältnis noch viel ärger geworden und gerade dies macht die Abänderung zu gebieterischer Pflicht.

Noch niedriger als die Ortslöhne sind die in der Arbeiterversicherung und wiederum namentlich in der Unfallversicherung eine große Rolle spielenden durchschnittlichen Tagelöhne der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Auch diese bedürfen dringend der Abänderung und Neufestsetzung.

Mit Recht wird in dem erwähnten Artikel auf die Verordnung über die Versicherung der im Vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten vom 24. Februar 1917 hingewiesen, durch die die Notwendigkeit der gewinnlichsten Abänderung in ein großes Licht gerückt worden ist. Es wird dort festgesetzt als Jahresdurchschnitt bei gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeitern 1200 Mk., bei gewerblichen Arbeitern und landwirtschaftlichen Arbeitern 1800 Mk. Dies gilt jedoch nur für die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes im Ausland Beschäftigten. Auch diese kategorisierten, der Rentenberechnung zugrunde zu legenden Verdienste entsprechen nicht den jetzigen Verhältnissen, in Wirklichkeit sind die tatsächlichen Löhne höher. Trotzdem aber liegen die Dinge jetzt so, daß ein im Auslande in der Landwirtschaft als Arbeiter tätiger Hilfsdienstpflichtiger bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit infolge eines Betriebsunfalles 800 Mk. Vorkrente erhält, während die Vorkrente für einen in Berlin-Steglitz verunglückten Arbeiter nur 600 Mk., für einen im Kreise Berent in Westpreußen Verunglückten nur 306 Mk. pro Jahr beträgt. Auch hier muß also eingegriffen werden.

Bericht der 34. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe Groß-Berlins

am 16. August 1917.

Den Vorsitz führt Herr Eardt.

I. Bei der Firma A. Wunderlich, Nachf., Wilhelmstraße, erhalten die gekerntem Zeitlohnarbeiter zu ihren festen Grundlöhnen nur einen Kriegszuschlag von 20 Proz. und die Hilfsarbeiterinnen nur 10 Proz., während laut Tarif 30 bzw. 15 Proz. an Kriegszuschlag zu zahlen sind. Von den Arbeitnehmern wird verlangt, daß der tarifliche Kriegszuschlag zu zahlen ist, und zwar rückwirkend ab 1. Februar 1917.

Herr Larjen, als Vertreter der Firma Wunderlich, betont, daß es sich hier um eine Sondervereinbarung handelt, die der inzwischen verstorbene Herr Bachhaus mit den Lohnarbeitern des Betriebes gleich beim Abschluß des Reichstarifs getroffen hat. Damals haben die Lohnarbeiter bereits höhere Löhne bezogen als im Tarif vorgegeben, und als ihnen freigestellt wurde, ob sie lieber einen niedrigeren Grundlohn mit 30 Proz. oder den höheren Lohnsatz mit 20 Proz. verrechnen wollten, haben die Arbeitnehmer das letztere gewählt. Im übrigen sei das heutige Verlangen der Arbeiter auch tariflich nicht begründet, da der Beschluß über den Kriegszuschlag ausdrücklich besagt, daß 30 Proz. nur auf die Mindestlöhne zu zahlen sind.

Von Herrn Schulze als Vertreter des Sattler- und Portefeullerverbandes wird widersprochen. Nicht die niedrige Grenze des tariflichen Mindestlohnes sei für die Verpflichtung zur Zahlung des Kriegszuschlages in vorbeschriebener Höhe maßgebend ge-

wesen, sondern es sollte damit gesagt werden, die einzelnen Arbeitnehmergruppen haben unbedingt Anspruch auf die Höhe des Kriegszuschlages, der für die Gruppe vereinbart sei. In der Praxis seien beim Abschluß des Vertrages sogar noch weit höhere Zuschläge von den verschiedensten Firmen gezahlt worden, und nur um Abzüge zu verhindern, sei die vorliegende Fassung gewählt. Die Sondervereinbarung, auf die sich Herr Larjen heute bezieht, ist im Sinne des § 8 Abs. c unzulässig und darum das Verlangen der Arbeitnehmer berechtigt.

Der zur Auskunft anwesende beteiligte Sattler Ahrendt gibt auf Verfragen an, daß die Sondervereinbarung wohl seinerzeit getroffen wurde, daß Herr Bachhaus ihnen dabei versprochen hat, daß sie doch auch nach dem Kriege weiter beschäftigt würden, und daß sie sich dann beim Wegfall der Kriegszuschläge bei höheren Grundlöhnen materiell weit besser ständen. Davon haben sie sich beeinflussen lassen. Jetzt sei aber Herr Bachhaus tot und Herr Larjen habe eine Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung nach dem Kriege abgelehnt.

Nach eingehender Aussprache der Parteien und Beisitzer, wobei die Ansichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich auseinandergehen, macht Herr Schulze den Vergleichsvorschlag, daß die Arbeitnehmer den Antrag auf Nachzahlung fallen lassen wollen, wenn Herr Larjen von jetzt ab die Kriegszuschläge in der geforderten Höhe zahlen würde.

Der Vorschlag findet die Zustimmung des Herrn Larjen und damit die Angelegenheit ihre Erledigung.

II. Bei der Firma S i n d e l mußten sich die Arbeiter die Oberblattstöße bei den neuen Brustblättern aus Papierstoff selbst heften. Für diese Mehrarbeit verlangten die Arbeitnehmer 15 Pf. pro Brustblatt, während die Firma 10 Pf. zahlen wollte. Die Schlichtungskommission hält 10 Pf. für angemessen.

III. Bei der gleichen Firma werden Packtaschen aus ungekrüppeltem Leder angefertigt und zum Füllen der Säckchen schweren Schlages ein recht gesundheitsgefährliches, sehr staubendes Füllmaterial (Kaninchenhaare) verwandt. Bei beiden Artikeln ist dadurch eine erhebliche Beeinträchtigung der Arbeitsleistung zu verzeichnen, weshalb die Arbeiter eine besondere Vergütung für diese Arbeiten verlangen.

Ueber die Er schwerung der Arbeit bei den Packtaschen kann keine Verständigung erzielt werden, weil die vorgelegten Lederproben nach Ansicht der Herren Arbeitgeber keinen Anlaß zur Beanstandung geben. Für die Verarbeitung des schlechten Füllmaterials erklärt sich Herr Klummann bereit, den Arbeitern eine entsprechende Entschädigung zu zahlen.

IV. Die Firma W i l l e p, Spandau, läßt Munitionskörbe 98 (Nof. 225 des Reichstarifs) anfertigen und verwendet an Stelle der Lederfalten am Deckel Papiergurte, die nicht verschleift, sondern vernäht werden. Von den Arbeitnehmern wird für die dadurch bedingte Mehrarbeit 10 Pf. pro Korb verlangt.

Trotz sehr langer und teilweise recht unangenehmer Auseinandersetzung kann keine Einigung erzielt werden. Es wird beschloffen, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, um in der Zwischenzeit festzustellen, ob bei anderen Firmen schon ähnliches Erzeugnis verwendet wird und welche Erfahrungen damit gemacht wurden.

Da bei dieser Gelegenheit aber festgestellt wurde, daß die Arbeiter bei Willep selbst Faden und Wachs zu dieser Arbeit stellen müssen, wird beschloffen, daß bei Anfertigung dieser Körbe Faden und Wachs vom Arbeitgeber zu liefern sind.

V. Bei der Firma G. Reinhardt, Köpenicker Straße, werden die Kissenböden zum Armeefattel aus doppeltem Papierstoff gefertigt und die Maschinennäher beschwerten sich, daß sie bei dem Preis von 34 Pf. nicht zurechtkommen können.

Die Besichtigung des vorgelegten Kissens ergibt, daß die vier unteren Ecken auch gleich vom Maschinennäher mit zugenäht sind, und daß für diese Arbeit laut Beschluß der Schlichtungskommission vom 22. März d. J. sowieso schon 5 Pf. mehr zu zahlen sind. Da ferner bei der Firma Reinhardt ein besonders starker Unterstoff (Tränkeimerstoff) zu den Kissen verarbeitet wird, der sich nur sehr schwer unternähen läßt, wird den Arbeitern für diese Er schwerung besonders 5 Pf. pro Kissen zugesprochen, so daß also in diesem Falle 44 Pf. pro Kissen zu zahlen sind.

VI. Bei der gleichen Firma werden Gurigriffe für Geschloßkörbe gefertigt. Auch bei dieser Arbeit wird die Bezahlung der Maschinennäher von den Arbeitnehmern beanstandet. Da ähnliche Gurte auch bei Herrn Wiedermann verwendet werden, so übernimmt es Herr Wiedermann, Herrn Reinhardt von der in seinem Betrieb üblichen Entlohnung in Kenntnis zu setzen. Eine Beschlusfassung wird dementsprechend ausgesetzt.

VII. In der Helmschleiferei des Herrn Reinhardt wurden eine Zehnjähr vier Hilfsarbeiterinnen im Afford beschäftigt, die statt 20 Proz. nur 15 Proz. Kriegszuschlag erhielten. Von den Arbeitnehmern wird Nachzahlung der Differenz beantragt.

In der Debatte wird von den Arbeitgebern der Standpunkt vertreten, daß die Helmschleiferei nicht den Bestimmungen des Reichstarifs unterliegt. Dem entgegengekehrten Standpunkt vertreten die Arbeitnehmer. Da es sich aber um vier Arbeitskräfte handelt, die vordem in der Sattlereiabteilung beschäftigt waren, auch jetzt wieder in dieser Abteilung arbeiten, so wird dieser Arbeitskräften der Anspruch auf den höheren Kriegszuschlag und damit zugleich auf Nachzahlung der Differenz zuerkannt.

Ein weiterer Differenzfall wegen Bezahlung der Schieber zum Tragegurt für Maschinengewehre kommt nicht zur Verhandlung, da nach Mitteilung des Herrn Eardt über diesen Fall bereits eine Verständigung zwischen Herrn Reinhardt und der fraglichen Arbeiterin erfolgt sei.

VIII. Bei der Firma W i e d e r m a n n werden an Stelle der Transparentlederstücke beim Tornister solche aus Vulkanfibre verwendet. Die Er schwerung bei der Verarbeitung wird von den Arbeitnehmern für 10 Tornister auf 2 Stunden Zeiteinbuße angegeben. Bislang hat Herr Wiedermann 30 Pf. pro Tornister mehr bezahlt, aber nur unter Vorbehalt.

Von anderen Firmen sind Beschwerden dieserhalb noch nicht erhoben. Eine Beschlusfassung über diese Frage wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, um dann durch Nachfrage zu versuchen, einen gerechten Ausgleich zu finden.

IX. Von der gleichen Firma wird der Schlichtungskommission ein Nachschuß zur Begutachtung vorgelegt, an dem nachträglich 6 Schlaufen, 2 Hakenfappen und 1 Steg zum Anbringen des Traggerüstes aufzunähen sind.

Die Kommission verständigt sich auf einen Preis von 1,85 Mk. pro Satz plus 20 Proz. Kriegszuschlag.

X. Bei der Firma S. A d a m, Köpenicker Straße, werden Artillerie-Packtaschen aus Leder mit Papierstoff eingepaßt. Für die Er schwerung dieser Arbeit verlangen die Arbeitnehmer 1,25 Mk. pro Tasche. Nach eingehender Berechnung wird von der Kommission eine Entschädigung von 1 Mk. pro Tasche als angemessen festgesetzt.

XI. Bei der gleichen Firma wird eine neue Art von Geschloßfappen aus Papierstoff, aus einem Stück geschnitten, angefertigt. Herr Eardt gibt dazu bekannt, daß verschiedene der Herren Fabrikanten dahin übergegangen sind, 11 Pf. einschließlich aller Zuschläge, für die Arbeit zu bezahlen. Von den Arbeitnehmern wird auf das allerentschiedenste dagegen protestiert, daß die Herren einfach unter sich einen Preis vereinbarten, der dann von den Arbeitern hingenommen werden soll. Die Arbeitnehmer bestehen auf ihrem Recht, bei solchen Dingen unbedingt mitzusprechen. Dem soll in Zukunft Rechnung getragen werden.

Da bislang aber keine Erfahrungen mit dieser Arbeit vorliegen, wird eine Beschlusfassung ausgesetzt, um Unterlagen für einen richtigen Stückpreis zu beschaffen. Solange sind die Arbeiterinnen bei Adam gehalten, die Klappen zu dem Preis von 11 Pf. unter Vorbehalt zu machen.

XII. Bei der Firma H e i n r i c h K a u f m a n n, Schwedter Straße, werden Spatenfuttermale (Nof. 21 des Tarifs) angefertigt, bei welchen der obere Belag aus drei Teilen zusammengesetzt ist. Für diese Futtermale setzt die Kommission den Preis von 95 Pf. als angemessen fest.

XIII. Um Feststellung des richtigen Preises für Reiterfuttermale aus Papierstoff erucht die Firma Meißner. Dazu gibt Herr Eardt die Auskunft, daß in Spandau dafür 1,26 Mk. einschließlich der Zuschläge für diese Arbeit bezahlt wird.

XIV. Von Herrn Heinrich wird darauf aufmerksam gemacht, daß in vielen Betrieben noch immer Unflacheit darüber besteht, daß der Vorputz bei allen Sachen, die die Maschinennäher zu machen haben, vorher vom Arbeitgeber zu liefern ist. Auf seinen Wunsch wird dieses noch einmal ausdrücklich von der Schlichtungskommission als richtig bestätigt.

Haus unserem Beruf.

Zweck Erriehung der Lederzuchnebestellen für Berlin und Provinz Brandenburg bei der Berliner Handelskammer fand am 18. August eine Sitzung der Interessenten statt, in welcher die Lederzuchnebestellen konstituiert wurden. Sie werden ihre Tätigkeit unter der Firma: Zuchnebestellen der Lederindustrie Berlin A-F ausüben. Die Bezeichnung A-F bezieht sich auf die sechs Zuchnebestellen, welche für den Bereich Berlin und der Provinz Brandenburg errichtet werden. Der Arbeitsauschuß besteht aus den Herren: Moritz Krißler, als Vertreter der Handelskammer Berlin, Rechtsanwalt Michalke, als Vertreter der Handelskammer Potsdam, Dr. Timpe, als Vertreter der Handelskammer Brandenburg, den Fabrikanten Felix Cobau, Ernst Eardt, Adalbert Fischer, Franz Jagielski, R. Kaufmann, Georg Lerch, Georg May Reinhardt, denen auch, wenn Beanstandungen nicht erfolgen, die Zuchnebestellen übertragen werden.

Es wurde ferner ein Ueberwachungsaußschuß gewählt, dem folgende Herren angehören: S. Wam, i. Fa. S. Wam, Köpferstraße; Ernst Ehart, i. Fa. E. de la Croix, Eisauer Straße 3; F. Helmuth, Brenzlauer Straße 28; Franz Jagielski, i. Fa. F. C. Poje, Schlesiße Straße 18; Kapitän a. D. Dr. Knoch, Flugplatz Johannisthal; Albert Klusmann, i. Fa. Otto Sindel, Schöneberg, Bahnhofsstraße 19/20; H. Lichtenstein, Schellingstr. 18, i. Fa. Ph. Lichtenstein, Schillingstr. 15; G. Lerch, Mühlenstraße 17; Direktor H. Kell, Rathenow.

Korrespondenzen.

Berlin. (E. 27. 8.) In der am Donnerstag, den 23. August, im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung der Militärbranche berichtete Kollege Schulze in einstündigen Ausführungen über die wegen der Erhöhung der Teuerungszulage stattgefundenen Verhandlungen. Den zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen gab Redner ein Bild von dem Ausgangspunkte der Bewegung. Im Mai dieses Jahres, aus Anlaß der Frage wegen Gewährung von Entschädigung für schwer zu bearbeitendes Material, beschloß die Branchenversammlung an die Unternehmer mit der Forderung heranzutreten, die Teuerungszulage um 20 Proz. zu erhöhen. Eine Vertrauensmännerversammlung im Juni faßte auf Anregung des Kollegen Niedel den Beschluß, die Teuerungszulage umzuwandeln und statt Prozentaufschlag Stundenzuschläge zu fordern.

Der Zentralvorstand reichte diesbezügliche Forderungen den Unternehmern ein. Im Monat Juli wandten sich die Arbeiterausschüsse von 19 Firmen an das Kriegsamt, in der Erwartung, hierdurch eine baldige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen. Das Kriegsamt antwortete, daß zu Anfang August Verhandlungen angefaßt sind.

Ueber die Verhandlungen vor dem Kriegsamt und der Zentralkommission ist schon in voriger Nummer der „Sattlerzeitung“ berichtet worden. (Anmerkung des Schriftführers.)

An Beispielen zeigte Kollege Schulze, wie gerecht die vor dem Kriegsamt vereinbarte Teuerungszulage wirkt, indem derjenige, der weniger verdient, eine verhältnismäßig höhere Zulage erhält; also umgekehrt wie beim gleichmäßigen Prozentaufschlag. Von den Fabrikanten ist ausdrücklich anerkannt worden, daß unser Anspruch auf Erhöhung der Teuerungszulage, so wie am 10. August vereinbart wurde, berechtigt wäre.

Am Mittwoch, den 22. August, fanden nochmals Verhandlungen statt. Hier kam es für die Unternehmer darauf an, die Zuficherung der Rückvergütung, ohne die sie den Arbeitern die erhöhte Teuerungszulage nicht auszahlen wollen, vom Reichschatzamt zu erwirken. Kollege Schulze hat das Gefühl, daß die Unternehmer ihre Sache sehr schlecht geführt haben. Bewilligt wurde den Unternehmern seitens des Schatzamtes nur die Rückvergütung der seit Dezember bestehenden Zulage. Wenn nun die Fabrikanten, auch wenn ihnen die Rückvergütung für die Erhöhung der Teuerungszulage nicht ausdrücklich zugesichert wurde, trotzdem die neu vereinbarte Zulage zahlen, so bedeutet es für die Fabrikanten finanziell nur die Fortführung der alten Zulage.

Im Reichschatzamt wird augenblicklich darüber beraten, daß in Fällen, wo durch Lohnsteigerungen oder Verteuerung der Rohmaterialien es den Unternehmern nicht mehr möglich ist, einen angemessenen Gewinn zu erzielen, eine Nachfallkulation vorgenommen werden kann. Trotz dieser Erklärung und dem Vorschlage des Vertreters vom Kriegsamt, Hauptmann Braumann, auf Grund dieser Zuficherung den Arbeitern die erhöhte Teuerungszulage zu zahlen, beharrten die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Kollege Schulze erklärte sofort, nun weiß er nicht mehr, was er den Mitgliedern sagen soll. Einige Wochen dauert doch die Sache im Schatzamt und so lange können wir nicht warten. Was wir als Organisation tun konnten, haben wir getan und sind jetzt außerstande mehr zu tun. Den Arbeiterausschüssen der einzelnen Werkstätten müssen wir es nun überlassen, die Wünsche der Kollegen den Unternehmern selbst vorzutragen. Vielfach haben sich doch schon die Unternehmer geäußert, wir möchten gerne mehr zahlen, aber wir dürfen es doch nicht. Jetzt wird kein Tarif und keine Behörde den Unternehmern verbieten, ihren Arbeitern die vereinbarte Teuerungszulage zu zahlen. Wenn eben gar nichts hilft, müssen die Kollegen den Abkehrschein verlangen. In diesem Sinne sollen die Arbeiterausschüsse der einzelnen Werkstätten mit ihren Arbeitgebern verhandeln und am 27. August auf dem Ortsbureau Bericht erstatten.

In der anschließenden Aussprache meldeten sich zirka 14 Kollegen zum Wort. Zum Ausdruck kam, daß wir mit unserer Forderung allzu bescheiden gewesen sind, zumal gemessen an dem Gewinn, den das Unternehmertum in unserer Branche schon erzielt hat.

Drahtische Beispiele wurden angeführt, wie sich so mancher Fabrikant gesund gemacht hat. Daher wären die Fabrikanten ohne Zweifel in der Lage, die erhöhte Teuerungszulage „auszulegen“, so wie sie es bisher getan haben.

Kollege Niedel führt an, die Vertretung der Fabrikanten hat verfaßt. Einige Fabrikanten sind schon nachdenklich geworden; so hat ihm Herr Coban angetelephoniert und erjucht, der Versammlung davon Mitteilung zu machen, daß zum 27. oder 28. August eine Vollversammlung der Fabrikantenvereinigung einberufen wird; daher möge bis dahin von jedweder Arbeitseinschränkung Abstand genommen werden.

Die meisten Diskussionsredner ersuchten, an die Unternehmer mit dem Verlangen heranzutreten, entweder Zuficherung der Zahlung der vereinbarten Teuerungszulage oder Ausständigung des Abkehrscheines.

Ein diesbezüglicher Antrag fand einstimmige Annahme. Desgleichen wurde dem Antrage, daß die Vertrauensleute und Obmänner der Arbeiterausschüsse am 27. August, abends 6 Uhr, auf dem Ortsbureau Bericht zu erstatten haben, zugestimmt.

Einige Diskussionsredner stellten noch weitergehende Forderungen und Anträge, die aber auf Ersuchen der Branchenleitung zurückgezogen wurden.

Unter Branchenangelegenheiten berichtete Kollege Schulze von der Zentraltarifkommission. In Nr. 34 unserer Zeitung ist der Nachtrag Nr. 12 erschienen. Er erjucht, diese Nummer sehr sorgfältig aufzuheben. Wegen Papiermangels kann keine Nachlieferung erfolgen.

Vom Kollegen Agoß wird der Antrag gestellt, den „Vorwärts“ wieder als Publikationsorgan zu benutzen. Gerade unsere jetzige Bewegung hat uns bewiesen, daß wir eine Tageszeitung zur Vertretung unserer Interessen notwendig brauchen. Gätten wir den „Vorwärts“ zur Verfügung gehabt, so wären wir schon weiter. Kollege Schulze sagt, daß auch bei der Lohnbewegung in der Lederwarenbranche uns Berliner eine Tageszeitung gefehlt hat. Er empfiehlt, den Antrag Agoß anzunehmen und ihn als Antrag der Militärbranche auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung der Ortsverwaltung zu setzen. Der Antrag wurde angenommen.

Der Branchenleiter Kollege Heinrich macht die Mitteilung, daß die nächste regelmäßige Monatsversammlung der Branche ausfällt und dafür gegen Ende September eine außerordentliche Branchenversammlung einberufen wird, die sich mit der Frage der Kündigung des Reichstaris zu befassen hat.

Bekanntmachung des Vorstandes und Ausschusses.

Nach einer Aussprache mit den Gauleitern hat Vorstand und Ausschuß beschlossen, zwecks Erhöhung der Verbandsbeiträge eine Urabstimmung anzuberaumen. Diefelbe findet

Sonnabend, den 1. Dezember 1917

statt, was wir hiermit sachungsgemäß bekanntgeben. Nähere Ausführungsbestimmungen folgen.

Der Ausschuß. Der Vorstand.
Herrn. Wolff. P. Blum.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Achtung! Reichstarif. Achtung!

Die Ortsverwaltungen werden gebeten, die am Orte überflüssigen Exemplare des Reichstaris an die Hauptverwaltung einzusenden, um einen Nachdruck zu vermeiden.

Graue Karte.

Die graue Karte für die Aufnahme der Arbeitslosigkeit und die Mitgliederzahl am 25. August ist spätestens Montag, den 3. September, einzusenden. Der Vorstand.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges ist gefallen unser Mitglied

Hermann Arnold, Leipzig, 32 Jahre alt.

Berlin. Am 23. Juli verstarb an der im Felde erhaltenen Verwundung unser Mitglied, der Militärattler **Otto Schurlus**, 36 Jahre alt. — Am 26. Juli verstarb im Lazarett unser Mitglied, der Wagenattler **Gustav Lochelfeld**, 46 Jahre alt.

Frankfurt a. M. **Heinrich Heß**, 46 Jahre alt.
Ehrem Andenken!

Verwaltungsstelle Berlin.

Am Mittwoch, den 5. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1917.
3. Antrag der Militärbranche auf Aufhebung des Beschlusses nicht mehr im „Vorwärts“ zu inserieren.
4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, weshalb wir die Kollegen ersuchen, rechtzeitig und zahlreich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch bezw. Karte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Am Dienstag, den 4. September, 8^{1/2} Uhr abends im Gewerkschaftshaus (Kolleg 5 II. Stock)

Mitgliederversammlung.

1. Wissenschaftlicher Vortrag. — 2. Abrechnung. — 3. Verbandsangelegenheiten.

Um vollzähliges Erscheinen erjucht

Die Ortsverwaltung.

Mehrere Sattler

auf Tornister, Patronentaschen usw. sucht
Os. Scheyhing, Militäreffektenfabrik
Kassel, Schönfelderstraße 46.

Sattler

auf Militärarbeit (Tornister, Patronentaschen und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht.
Otto Breitschuh, Eisleben.

Leder für Berbede.

Schöfleder in ganzen Häuten oder größeren Stücken für dringende Heeresaufträge kauft
E. Zimmermann, Königl. Hofwagenfabrik, Potsdam.

Nähgarn

kleinere und größere Mengen, beliebiger Farben, Stärke Nr. 40—70,

zu kaufen gesucht

(zum Selbstverbrauch).

Friedrich C. Lodder, Feuerbach b. Stuttgart.

Sattler

auf Tornisterarbeit sucht

Gustav Steinmetz,

Breslau, Höfchenstr. 84.

Mehrere Sattler

auf Sättel und Paktaschen suchen

R. Kühlewein & Co., Erfurt-N., Wendenstr. 5.